

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 99 (2019)
Heft: 1067

Artikel: Adieu, Amateure?
Autor: Grob, Ronnie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-868683>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Adieu, Amateure?

Das Schweizer Milizsystem lebt in politischen Sonntagsreden, in freier Wildbahn aber werden immer mehr Freiwillige von Profis ersetzt. Das Durchschnittsalter der verbleibenden Milizionäre steigt rasant, der Sonderfall Schweiz wird zum Normalfall. Was man dagegen tun kann.

von Ronnie Grob

Der Vogel des Jahres 2019 ist der Kiebitz. Wurde sein Bestand in der Schweiz 1975 noch auf mindestens 1000 Paare geschätzt, erreichte seine Population 2005 mit 83 Paaren seinen Tiefstand. Dank beschlossener Massnahmen zu seinem Schutz erholte er sich seither immerhin etwas.¹ 2019 ist auch das Jahr der Milizarbeit, und es wirkt beinahe so, als müsse man sie ebenfalls als gefährdet einstufen. Dabei ist die Bürgerbeteiligung im Staat etwas Wunderbares: Der Staatsapparat bleibt so angenehm schlank, nah beim Bürger, seiner Kultur und seiner Wirtschaft. Das Milizsystem verstärkt quasi nebenbei auch das Verständnis für die Probleme des Staates, und seine Bürger werden darin sogar angehalten, sie in Eigenregie zu lösen. Und indem der Bürger gesellschaftliche Probleme löst, *lebt* er das Staatswesen und hat es nicht nötig, dasselbe als politischen Fremdkörper zu verunglimpfen. Denn: Wäre dem so, fiel es in seine eigene Verantwortung.

Neben der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Konkordanz gehört das Milizsystem (und auch die Freiwilligenarbeit) für viele zur unverzichtbaren DNA des Schweizer Sonderfalls der Beteiligungsdemokratie.² Das politische Milizsystem der Schweiz umfasst zwar von Gemeinde- bis Bundesebene um die 150 000 Mitglieder³, darin immer stärker vertreten sind aber Rentner und Rentnerinnen, die Begeisterung von Jüngeren ist nur punktuell auszumachen. Man kommt also nicht umhin festzustellen, dass das in der Welt einzigartige Milizsystem nach Schweizer Art in einer Krise steckt, und die Freiwilligenarbeit dazu. Das hat verschiedene Gründe, die zu betrachten sich lohnt. Einigen von ihnen kann man – wie beim Kiebitz – mit konkreten Massnahmen begegnen.

1 Fehlende oder wenig attraktive Anreize

Die bisherigen Anreize, sich freiwillig zu engagieren, verschwinden nach und nach. Wie motiviert man Leute heute?

Ist das Angebot, auf einem Bauernhof mitzuhelfen, für junge Menschen heute noch attraktiv? Die Antwort ist: Kommt darauf

an, wie das Mistschaukeln und Einzäunen verkauft wird. Steht der Hof in einem Land, das junge Menschen gerade bereisen, verhält es sich anders, als wenn jemand zum «Landdienst» im Inland verpflichtet wird. Ein Blick auf die Website Workaway.info, die Reisenden Kost und Logis gegen Arbeit anbietet, zeigt bei vielen der über 200 Workaway-Angebote aus der Schweiz überschwengliche Bewertungen: «Staying with Fritz and Theres was truly one of the best experiences in my life», schreibt etwa Lars, 31, aus Florida über seinen Arbeitsaufenthalt auf dem Bauernhof der Abbühls in Gimmelwald im Berner Oberland. Jean-Luc, Rodrigo, Thomás und Juan, die ebenfalls dort lebten und arbeiteten, ergänzen: «What a magical month», «One of the most beautiful experiences of life», «One of the most incredible experiences of my life», «The best place I have been in my year abroad in Europe».³ Wer Zweifel hegt, ob freiwillige Arbeit heute noch etwas sein könnte für junge Menschen, muss nur einige dieser Bewertungen durchlesen, um von ihnen erlöst zu werden.

Bei Tätigkeiten im Dienst der Gesellschaft kommt es also darauf an, wie man sie verkauft. Um ein völlig willkürlich ausgewähltes Beispiel herauszupicken: Das Wohn- und Pflegehaus Wienerberg in St. Gallen sucht auf Benevol-jobs.ch freiwillige Helfer, die Bewohner begleiten und sich sozial mit ihnen abgeben. Als Anreiz dafür gibt es gemäss Inserat «Wertschätzung und Anerkennung für Ihre Arbeit», eine Einsatzvereinbarung mit Rahmenbedingungen – auch der Sozialstundenausweis sei selbstverständlich. Ob sich da viele Studenten melden, etwa von der HSG, die direkt nebenan residiert? Wohl kaum. Auf der Plattform sind aktuell fast 1000 Inserate für «regelmässige Einsätze» zu finden. Um das Überangebot zu reduzieren, sollte man über eine Veränderung von Anreizen nachdenken.

Was führt denn im Milizwesen zu Resultaten? Ein Amtszwang oder ein Rücktrittsverbot während der Amtsperiode können zwar Resultate liefern, auf mittlere Frist aber sind sie wohl eher kontraproduktiv. Ideen, die eher angenommen werden, sind dagegen Gemeindefusionen, eine Verkleinerung der Behörden oder ein Angebot sowie eine Anrechnung von Weiterbildungen. Viele Ideen gibt es bezüglich der Ausgestaltung der Tätigkeit: Genannt werden eine stärkere strategische Führung, der Ausbau von Sekretariaten, das Geschäftsführermodell oder eine institu-

tionelle Professionalisierung. Bei der Anstellung wird unterschieden zwischen Angestellten im Vollamt (100 Prozent), Nebenamt (Teilzeit) und Teilamt (neben anderem Vollamt). Werden individuelle Wünsche respektiert und vermehrt passgenaue Lösungen gesucht und gefunden, werden auch mehr bereit sein mitzumachen. «Die Anstellungs- bzw. Entschädigungsmodelle der Exekutivgremien sollten flexibilisiert werden», empfiehlt auch eine ZDA-Studie⁴, die zudem feststellt, dass Haupt- und Teilämter vor allem Staatsangestellte anziehen, Nebenämter dagegen für Private attraktiver sind.

2 Übereifrige und Ignorierte

Die Schweiz spaltet sich in zwei Gruppen: jene, die das Milizprinzip im Übereifer leben, und jene, die damit nicht in Berührung kommen. Finden die beiden Gruppen zusammen?

Yvonne Bürgin ist im Turnverein, im Katholischen Frauenverein und im Familiennetz der Zürcher Gemeinde Rüti. Sie ist Kantonsrätin (CVP) des Kantonsrats Zürich, präsidierte ihn als Präsidentin und Vizepräsidentin. Als Mutter von drei Kindern arbeitet sie im Familienbetrieb mit. Ausserdem ist sie Vorstandsmitglied der Musikschule Zürcher Oberland und des Dachverbands Kinder- und Jugendarbeit OKAJ, Stiftungsrätin der Stiftung Züriwerk, im politischen Beirat der Unternehmergruppe Wettbewerbsfähigkeit UGW und in verschiedenen Gruppen des Kantonsrats. Dass es tatsächlich Menschen gibt, die «gar nichts» machen, also «noch nicht mal ein paar Stunden am Sonntagnachmittag an einem Anlass ausgeholfen haben», kann sie sich eigentlich fast nicht vorstellen, sie kennt auch kaum solche. «Ich verstehe das nicht: Ist denn diesen Leuten nicht langweilig?» Die Frage, wie man solche Leute animieren könnte, treibt auch sie um: «Wie kommen wir an sie ran?»

Einfach ist das nicht. Denn eine wachsende Anzahl von Bürgern leistet gar keine Einsätze, sie lebt ausserhalb der Strukturen des Milizprinzips. Eine zentrale Erkenntnis aus der GDI-Studie «Die neuen Freiwilligen» ist, dass sie gefragt, gebeten, ja vielleicht sogar gecastet werden wollen: «Wer Teilnehmende sucht, muss die Menschen fragen.» Sie wollen zudem gerne als Partner auf Augenhöhe betrachtet werden, nicht als kostenlose Arbeitskräfte. Die neuen Freiwilligen seien «partizipativer, potenzialorientierter und wollen mitreden statt nur ausführen».⁵

Tatsächlich besteht ein grosser Unterschied zwischen «Wir haben hier noch etwas, das getan werden muss, aber niemand machen will, machst es du bitte?» und «Wir suchen jemanden, der exakt deine Talente hat, und möchten dich deshalb fragen, ob du dir diese herausfordernde Aufgabe zutraust». Das Problem ist: Gruppe

A (die Milizler) kennt die Leute aus Gruppe B (die Nichtmilizler) gar nicht. Deshalb wurde Gruppe B von Gruppe A noch gar nie angefragt. Während Gruppe A nach und nach an ihre Grenzen kommt, bleibt das Potenzial von Gruppe B unverändert ungenutzt.

3 Generationenkonflikt

Das Verständnis für das Milizsystem schwindet deshalb, weil es nachwachsenden Generationen, Neuschweizern und Expats nicht mehr erklärt wird. Sie sind mit dem Milizsystem nicht vertraut und werden damit nicht vertraut gemacht.

Bereits mit 22 wurde Toni Gisler in den Glarner Landrat gewählt, als damals jüngstes Parlamentsmitglied. Heute ist er 31, im Vorstand des Gewerbeverbands und in verschiedenen Vereinen, dazu Präsident der SVP-Landratsfraktion des Kantons Glarus. Und er ist Co-Geschäftsführer und Verwaltungsratsmitglied eines eigenen KMU, der Jacober + Elmer Bedachungen AG. Die Entschädigung im Kantonsparlament sei klein, gibt Gisler zu, er finde es aber im Moment falsch, über höhere Entschädigungen zu reden. «Bei den neuen grossen Gemeinden in Glarus haben die Gemeinderäte Top-saläre! Die Frage ist aber: Melden sich dann die richtigen Leute?» Die von der Landsgemeinde beschlossene grosse Fusion zu drei Gemeinden im Kanton habe dazu geführt, dass die heutigen Mandate im Umfang zwischen 10 und 40 Prozent zu besetzen seien, was mit einem Vollzeitjob kaum noch zu vereinbaren sei. Gefordert, neue Leute in die Milizämter zu bringen, seien alle, die Politik machten, die Parteien, die Sektionsparteien: «Und es gelingt auch immer wieder, Leute abzufangen und ihnen ein Ämtlein schmackhaft zu machen. Wenn sie an einem Ort ein Thema finden, das sie interessiert, dann kommen sie mit und sind zufrieden damit. Man muss die Leute überzeugen von diesen Ämtern!»

Wie wichtig Vorbilder sein können, zeigt der Fall der Gemeindepäsidentin von Opfikon im Kanton Zürich, Qëndresa Sadriu. Ein Onkel von ihr politisierte im Gemeinderat, und bereits als Schülerin engagierte sie sich in Schülerorganisationen und in der Jugendarbeit. Sie machte eine Lehre als Dentalassistentin, und heute, mit gerade mal 24 Jahren, übt sie nicht nur ein hohes Milizamt aus, sondern arbeitet ausserdem 40 Prozent in einer Zahnarztpraxis und 20 Prozent als Projektleiterin für die Vereinigung zur Unterstützung krebskranker Kinder im Kanton Zürich. 2014 besuchte sie als SP-Neumitglied eine Sitzung, bei der es um die Liste für die Gemeinderatswahlen ging: «Da fragte man mich, ob ich kandidieren wolle – und dann hat es, ausgehend von Listenplatz 12, auch gleich geklappt.» Das Milizsystem hält sie für «ein geniales System»: «Mit dem Geld, das von der Bevölkerung kommt, wird so vernünftig umgegangen. Im Kosovo ist es ganz anders, dort arbeiten Politiker hauptberuflich. Sie eben von

den Steuergeldern und verdienen richtig viel Geld dabei.» Die Entlohnung für ihr Amt empfindet Sadriu als ausreichend. «Man muss es von Herzen und gerne machen, sonst geht das nicht», sagt sie: «wir sind schliesslich hier, um zu dienen.» Sie ist in zwei albanischen Kulturvereinen aktiv, Mitglied beim VPOD und in der SP-Bezirksgeschäftsleitung von Opfikon.

Zwei positive Beispiele, die über Vorbilder ins Milizsystem gefunden haben. In den Gemeindeexekutiven sind junge Erwachsene aber stark untervertreten: Der Anteil der unter 35-Jährigen beträgt gerade mal 5,6 Prozent, bei einem Rekrutierungspotenzial von 20 Prozent. Das heisst nichts anderes, als dass junge Erwachsene zu selten und zu wenig gezielt angefragt werden.⁶ Vielen Gemeinden ist auch nicht klar, dass den jungen Erwachsenen der Kandidatur- und Wahlprozess kaum bekannt ist. Hinzu kommt: Mobile Junge sind heute weniger in ihren Gemeinden verwurzelt, sondern ziehen dorthin, wo sie eine bezahlbare Miete in der Nähe ihres aktuellen Arbeitsplatzes finden. Wer sich nicht sicher sein kann, ob er in einem Jahr noch in dieser Gemeinde lebt, wird kaum für ein Gemeindeamt mit mehrjähriger Amtszeit kandidieren. Solche aktiven, mobilen Mitbürger sind, wenn überhaupt, nur mit Angeboten zu erreichen, die flexibler handhabbar sind.

4 Zu viel Staat, zu wenig Freiraum

Die Politik hat viele Aufgaben nach und nach dem Staat übertragen, zudem wurde die Kontrolle von oben nach unten verschärft. Auch NGOs, Hilfs- und Beratungsstellen übernehmen immer mehr Arbeiten – und zahlen auch dafür.

Was im Milizsystem vielen die Freude an der Arbeit vergällt, ist der zunehmende Einfluss übergeordneter Stellen und Faktoren. Ein Gemeindepräsident war noch vor Jahrzehnten nicht nur eine geachtete Respektsperson, er hatte auch eine vergleichsweise grosse Machtbefugnis und Gestaltungsfreiheit. Die grosse Freiheit von damals ist seither einem engen Korsett aus Gesetzen und Vorschriften gewichen, das Ansehen in der Gemeinde einer wachsenden Anspruchshaltung der Bürger.

Viele Leistungen, die ursprünglich durch die Zivilgesellschaft erbracht wurden, werden heute selbstverständlich von der öffentlichen Hand oder der Wirtschaft erbracht. Mit dem Rückgang der Bedeutung von Kirchen und Religion und dem gleichzeitigen Ausbau des Sozialstaats, allerlei Hilfs- und Beratungsstellen sowie NGOs verschwindet der Dienst an der Gesellschaft aus einem persönlichen solidarischen Pflichtgefühl heraus nach und nach. Thomas Hauser von Benevol Schweiz sagt: «Das Erkennen des Werts der Freiwilligenarbeit kommt ursprünglich stark aus

dem kirchlichen Umfeld. Zusammen mit Frauenorganisationen war die Kirche stark in diesem Bereich, oft auch mit kantonaler Unterstützung. Jetzt ändert sich das nach und nach: Die Macht der Kirchen nimmt ab. Es klappt kaum noch, die Leute aus einem reinen Glaubensmotiv heraus zu motivieren.» Oder anders gesagt: Die Bürgerinnen und Bürger des 21. Jahrhunderts engagieren sich nicht mehr aus schlechtem Gewissen oder sozialem Druck, sondern dort, wo es ihnen sinnvoll scheint.

So oder so: Selbstlosigkeit beim Helfen ist und bleibt ein Mythos. Wiederum aber sind auch monetäre Anreize nicht ausschlaggebend. Vielmehr geht es um eine Anerkennung des Geleisteten, um das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun und gebraucht zu werden. Und nicht zu vergessen: um etwas zu lernen, neue Leute kennenzulernen, langfristige Vorteile zu erhalten. Wer mithilft, will das mit Freude tun. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Mitmachlexikon Wikipedia, an dem täglich Millionen von Menschen weltweit konstruktiv mitarbeiten, ohne je dazu aufgefordert oder in der Öffentlichkeit dafür gepriesen worden zu sein. Ganz offensichtlich macht es ihnen einfach nur Spass!

5 Überforderung mit dem Zeitbudget

Trotz zunehmender Automatisierung wird die verfügbare Zeit knapp. Die Möglichkeiten, sich in der Freizeitgesellschaft zu beschäftigen, sind vielfältiger geworden.

An der (von den Medien breit besprochenen) Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich am 2. April gab es eine bemerkenswerte Szene, als der abtretende Präsident Konrad Langhart auf der Bühne eine Überforderung der Basis beklagte und dabei einen intensiven Applaus der Anwesenden erntete: «Man kann nicht fordern, man müsse noch mehr Plakate aufhängen. Viele Leute sind an die Grenze gekommen!» Gewiss: Die Leute fangen in Krisensituationen immer an zu murren. Doch die Frage, die Langhart stellte, ist eine zentrale: Werden künftige, zwischen Twitter und Instagram lebende Generationen bereit sein, erst lang nach Mitternacht ins Bett zu kommen, nur um am nächsten Tag frühmorgens für den eigenen Vollzeitjob aufzustehen und am Abend wieder Plakate aufzuhängen – bis dann am Samstag eine zähe Generalversammlung eines weiteren Vereins ansteht und am Sonntagmorgen noch eine Wahlveranstaltung? Der Ökonom Andreas Müller hielt für Avenir Suisse fest, zu welchen unerwünschten Nebenwirkungen zu wenig Zeit führen kann: «Es machen diejenigen Politik, die genügend Zeit haben, und nicht unbedingt diejenigen, die aufgrund ihrer Kompetenzen eigentlich müssten und sollten.»⁷

Sagen wir es offen: In Ämtern wie dem National- und Ständerat, die jedes Jahr mehr Zeit beanspruchen, ist das Milizsystem zur Nostalgie geworden. Viele Parlamentarier tragen Berufsbezeich-

nungen wie «selbständige Kommunikationsberater», was alles und nichts sein kann, oder haben Jobs, die im engeren oder weiteren Sinne als Lobbyismus bezeichnet werden müssen. Sie sind de facto zu Berufspolitikern geworden. Parlamentarier wie Kurt Fluri, Beat Walti, Roger Köppel oder Magdalena Martullo-Blocher, die ehrlich versuchen, das Milizsystem zu leben und all ihre vielfältigen Verpflichtungen unter einen Hut zu bringen, sind stark belastet, ja am Anschlag. Will man das Milizsystem in diesem Bereich erhalten, muss das Zeitbudget für das Amt wieder sinken. Doch wer hat daran ein Interesse? Die Bundesverwaltung sicher nicht. Und was gern vergessen geht: Politiker sind oft recht gerne Berufspolitikern.

Es gibt immer wieder Typen wie Alfred Escher, die ganze Nächte durcharbeiten, um ihre vielen verschiedenen Verpflichtungen zu erfüllen, und so aus dem Durchschnitt herausragen. Eine derartige Leidenschaft für Arbeit verspüren aber nicht alle. Die meisten wollen neben ihrer Arbeit auch privaten Vergnügungen nachgehen oder wollen oder müssen sich verstärkt um ihre Familie kümmern. Yvonne Bürgin sagt es so: «Die Anforderungen in der Berufswelt haben sich intensiv gesteigert. Nach einem 10- oder 12-Stunden-Tag wollen viele nicht noch im Nebenjob ein anderes Amt übernehmen.» Immerhin gibt es Arbeitgeber wie die Swisslife, die diesen Problemen entgegenwirken und daran mitarbeiten, das Milizprinzip zu erhalten. Lucia Döbeli, Head of Public Affairs, sagt: «Zusätzlich zur flexiblen Arbeitszeit und der Möglichkeit, Arbeitszeit für die Miliztätigkeit einzusetzen, ist es uns wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen mit politischen Mandaten Anerkennung erfahren und ihr Netzwerk verbreitern können.»

6 Zu wenig Anerkennung der Vorteile für Arbeitsmarkt und Gesellschaft

Im Milizprinzip engagierte Personen erlernen Kompetenzen und eignen sich Wissen an, das sich in anderen Bereichen als nützlich und wichtig erweist. Das muss stärker herausgestellt werden.

Christine Badertscher aus der Berner Landgemeinde Madiswil (3300 Einwohner) wurde mit 28 Jahren in den Gemeinderat gewählt. Gelernt hat sie dabei unter anderem: «Sitzungen leiten, Budgets lesen, Auftrittskompetenz, Verhandlungen führen, Mediation, Problemmanagement, Entscheiden. Am meisten gebracht hat es mir zu verstehen, wie die Schweiz funktioniert. Und als Nebeneffekt lernt man viele Leute kennen, das Netzwerk wächst.» Interessant sei auch gewesen zu beobachten, wie (eigene und andere) Filterblasen zwangsläufig aufbrechen an Gemeinderatssitzungen. Im Herbst kandidiert sie auf der Liste der Grünen für den Nationalrat.

Die Möglichkeit, im Milizsystem (und auch in der Freiwilligenarbeit) schnell und sinnvoll Verantwortung übernehmen zu können und so «on the job» Erfahrungen zu machen, die sich auch jenseits dieser Tätigkeiten bezahlt machen, muss stärker herausgestrichen werden. Es ist ein grosser, viel zu selbstverständlich genommener Vorteil für das eigene Profil, die eigene Karriere, das eigene Netzwerk. Thomas Hauser von Benevol Schweiz arbeitet daran, diese Kompetenzen, diesen Leistungsausweis sichtbar zu machen, die Anerkennung dafür herauszustreichen: «Viele Junge vergessen eben auch, ihre Freiwilligenarbeit in ihrem Resümee aufzuführen – das sollten sie unbedingt machen.» Eine Idee dafür ist das «Dossier freiwillig engagiert», ein Nachweis, mit dem das freiwillige Engagement wie bei einem Arbeitszeugnis anerkannt und sichtbar gemacht wird. Gefordert sind hierbei auch die Schulen, findet Hauser: «In der Schule wird einem alles Mögliche beigebracht. Aber wie eine Zivilgesellschaft funktioniert, wird einem nicht erklärt.»

Die seit Jahrzehnten ertönenden Appelle, das Milizwesen müsse um jeden Preis bewahrt werden, werden zwar gehört, sie verhallen aber, begleitet von Schulterzucken. Wer eine verbesserte Situation anstrebt, muss bereit sein, an ein paar Schrauben im Milizwesen zu drehen und Dinge auch mal anders zu machen. Warum nicht ein paar der nicht in ihrer Gemeinde verwurzelten Jungen mal fragen, was sich ändern müsste, damit sie mitmachen? Und warum nicht ein paar überholte Strukturen und Vereine, die nur noch Menschen über 65 interessieren, schliessen und das übriggebliebene Geld frisch investieren? ◀

¹ www.birdlife.ch/de/content/vogel-des-jahres-2019-kiebitz

² Markus Freitag, Pirmin Bundi, Martina Flick Witzig: Milizarbeit in der Schweiz. Zürich: NZZ Libro, 2019, S. 23.

³ Bürgerstaat und Staatsbürger: Milizpolitik zwischen Mythos und Moderne. In: NZZ Libro, 2015, S. 173.

⁴ www.workaway.info/812991373342-en.html

⁵ Oliver Dlabac, Andreas Rohner, Thomas Zenger, Daniel Kübler: Die Milizorganisation der Gemeindeexekutiven im Kanton Aargau. Aarau: Zentrum für Demokratie Aarau, 2014, S. 2.

⁶ Jakob Samochowiec, Leonie Thalman, Andreas Müller: Die neuen Freiwilligen – Die Zukunft zivilgesellschaftlicher Partizipation. Rüşchlikon: GDI Gottlieb-Duttweiler-Institut, 2018, S. 72, 76.

⁷ Curdin Derungs und Dario Wellinger: Promo 35: Politisches Engagement von jungen Erwachsenen in der Gemeindeexekutive. HTW Chur, 2019. Die Studie ist verfügbar auf Promo35.ch.

⁸ Bürgerstaat und Staatsbürger: Milizpolitik zwischen Mythos und Moderne. In: NZZ Libro, 2015, S. 172.

Ronnie Grob

ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift.